

Interessenvertreter lancieren Einführungskurs

Paul Schneeberger 14.12.2014, 16:54 Uhr

Ab Ende Jahr schliesst der Lobbyistenverband SPAG Mitglieder aus, die seine neuen Transparenzrichtlinien nicht einhalten. Mit verschärften Standesregeln will er in Öffentlichkeit und Politik vertrauensbildend wirken.

Die Schweizerische Public-Affairs-Gesellschaft (SPAG) macht Ernst mit den neuen Transparenzrichtlinien, die sie an ihrer diesjährigen Generalversammlung beschlossen hat. Gemäss diesen Vorgaben haben Mitglieder des Branchenverbandes der professionellen Interessenvertreter ihre Auftraggeber transparent zu machen. Wer das bis Ende dieses Jahres nicht tue, dessen Mitgliederprofil werde «deaktiviert», schreibt der Verband in einer Mitteilung.

Im Rahmen eines CAS-Kurses

Und wie entschärft die SPAG den Konflikt, der sich aus dem Anspruch der Transparenz und dem in seinem Gewerbe mindestens ebenso wichtigen Grundsatz der Diskretion ergibt? Man habe das dadurch gelöst, dass die Angaben jeweils nicht sofort, sondern spätestens nach sechs Monaten öffentlich zu machen seien, sagt Vorstandsmitglied Robert P. Hilty. Für jene deklarierten Lobbyisten, deren Geschäft nicht nur die Einflussnahme auf die Politik ist, sondern auch die Wahrung rechtlicher Interessen, sei zudem wesentlich, dass sich aus den neuen, zu Standesregeln erklärten Vorgaben keine Konflikte mit dem Anwaltsgeheimnis ergäben.

Mit den neuen Vorgaben will die SPAG das verbreitete Misstrauen gegenüber professionellen Interessenvertretern abbauen. In dieselbe Richtung zielt eine weitere Initiative des Branchenverbandes: die Lancierung eines Einführungskurses für Neumitglieder. In diesem Rahmen sollen angehenden Lobbyisten der Verhaltenskodex und Grundbegriffe dieses Gewerbes vermittelt werden, so Robert P. Hilty. Vorgesehen ist, mit der Berner Fachhochschule bis im Sommer 2015 einen CAS-Nachdiplomstudiengang auf die Beine zu stellen, von dem SPAG-Neumitglieder ein Modul zu belegen hätten.

Auch wenn es gut vernetzten Lobbyisten so oder so nicht schwerfällt, bei Bedarf fallweise Zugang zum Parlamentsgebäude zu erhalten: Fernziel bleiben für den Branchenverband objektivierte Regeln zur Akkreditierung von deklarierten Interessenvertretern im Bundeshaus. Derzeit ist es so, dass der dauerhafte Zugang zum Parlamentsgebäude ausschliesslich über Parlamentarier möglich ist. Jeder Angehörige der eidgenössischen Räte kann zwei entsprechende Badges vergeben. Bis anhin hat sich das Parlament gegen einen Systemwechsel im Sinne der professionellen Interessenvertreter gewehrt. In den

Jahren 2011 und 2012 scheiterten Ständerat Didier Berberat (Neuenburg, sp.) und Nationalrat Andrea Caroni (fdp., Appenzell-Ausserrhoden) mit parlamentarischen Initiativen bereits in ihren Räten.

Links-Rechts-Gegensatz

Während linke und grüne Parlamentarier diesem Anliegen wohlgesinnt sind, lehnt eine Mehrheit ihrer bürgerlichen Kollegen eine Änderung des Zugangs für Lobbyisten zum Parlamentsgebäude ab. Sie führen grundsätzliche Überlegungen an, etwa, dass sich bei Akkreditierungen durch eine zentrale Stelle schwierige Abgrenzungsfragen stellen würden. Eine Rolle spielt zweifellos aber auch, dass viele Parlamentarier selber als Lobbyisten tätig sind und kein Interesse an kleineren Hürden für externe Interessenvertreter haben.

Ein weiterer politischer Vorstoss Richtung objektivierte Akkreditierung werde frühestens nach den nächsten eidgenössischen Wahlen ins Auge gefasst, heisst es aus den Reihen der SPAG. Für Robert P. Hilty wäre eine Regelung ähnlich jener im Europaparlament denkbar. Dort erhielten alle Lobbyisten dauerhaften Zugang, die mindestens 60 Prozent ihrer Arbeitszeit im Parlamentsgebäude verbringen.